

Der SAV teilt mit La FSA vous informe

News «Fachanwalt SAV/Fachanwältin SAV»

Die Kursdaten für den zweiten Spezialisierungskurs im *Arbeitsrecht* lauten wie folgt:

Einführung:	22.08.2008
Block I:	05./06.09.2008
Block II:	26./27.09.2008
Block III:	24./25.10.2008
Block IV:	14./15.11.2008
Block V:	05./06.12.2008
Block VI:	09./10.01.2009
Block VII:	23./24.01.2009
Block VIII:	13./14.03.2009

Block I – Block VIII: jeweils ganzer Tag

Anmeldeschluss ist der 31. März 2008

Die Details (Kursthemen, Kursdaten, Kosten, etc.) sowie das entsprechende Anmelde- und Fallbeschreibungsformular finden Sie auf unserer Website www.fachanwalt-sav.ch unter der Rubrik «Ausbildung».

Der zweite Spezialisierungskurs im *Familienrecht* findet an folgenden Daten statt:

Modul 1:	21.08.2008 allgemeine Einführung und Vorstellung
	22./23.08.2008
Modul 2:	19./20.09.2008
Modul 3 A und B:	24./25.10.2008
Modul 4:	21./22.11.2008
Modul 5:	12./13.12.2008
Modul 6:	16./17.01.2009
Modul 7:	07.02.2009
Modul 8:	13./14.03.2009
Modul 9:	04.04.2009

Anmeldeschluss ist der 29. Februar 2008

Die Kursdaten für den zweiten Spezialisierungskurs im *Haftpflicht- und Versicherungsrecht* lauten:

1. Block:	20.09.2008, 04.10.2008, 25.10.2008, 08.11.2008 sowie 21./22.11.2008
2. Block:	10.01.2009, 24.01.2009, 28.02.2009, 07.03.2009 sowie 20./21.03.2009
3. Block:	09.05.2009, 23.05.2009, 06.06.2009, 20.06.2009 sowie 03./04.07.2009

Anmeldeschluss ist der 30. April 2008

Die Details (Kursthemen, Kursdaten, Kosten, etc.) sowie die entsprechenden Anmelde- und Fallbeschreibungsformulare für die Kurse Familienrecht und Haftpflicht- und Versicherungsrecht finden Sie auf unserer Website www.fachanwalt-sav.ch unter der Rubrik «Ausbildung».

ProLitteris

In jüngster Zeit sind beim SAV vermehrt Anfragen im Zusammenhang mit den von der ProLitteris jährlich erhobenen Gebühren für urheber-

rechtlich geschützte Werke eingegangen. Die Tatsache, dass viele vornehmlich jüngere Kolleginnen und Kollegen diese Institution nicht kennen, ist für den SAV Grund genug, seine seinerzeitige Information in der Anwaltsrevue aufzufrischen.

ProLitteris ist die Gesellschaft, die vom Bundesamt für Geistiges Eigentum mit Verfügung vom 5. Juli 1993 mit der Geltendmachung der sich aus den Artikeln 13, 20 und 22 URG ergebenden Ansprüche betreffend Werke der Literatur, der bildenden Kunst und der Fotografie beauftragt wurde.

Die angesprochenen Nutzerverbände, d.h. der SAV, Economie Suisse und weitere 20 Berufsorganisationen aus dem Dienstleistungsbereich, haben seinerzeit eine Vereinbarung mit der ProLitteris getroffen. Um zu vermeiden, dass die Anwaltskanzleien jede einzelne Kopie zählen müssen, wurde eine Pauschalierung vorgesehen. Die ProLitteris wollte nämlich ursprünglich pro urheberrechtlich geschützte Kopie 6.7 Rp. verrechnen, wobei sie davon ausging, dass rund 5% der je in einem Anwaltsbüro gemachten Kopien urheberrechtlich geschützt sind. Mit einer Pauschalierung konnte verhindert werden, dass Kanzleien gelegentliche Kontrollen über sich ergehen lassen müssen. Die Eidgenössische Schiedskommission für die Verwertung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten hatte den Pauschaltarif GT 8 schliesslich mit Beschluss vom 21. November 1995 genehmigt und rückwirkend auf den 1. Januar 1995 in Kraft gesetzt. Im Jahre 2002 wurde der Tarif neu verhandelt und mit Beschluss der Eidg. Schiedskommission für die Periode 1. Januar 2002 bis 31. Dezember 2006 unverändert übernommen. Zudem wurde der Vorstoss des SAV, Lehrlinge von der Tarifpflicht auszuschliessen, gutgeheissen.

Von 2005 bis Herbst 2006 führte der SAV zusammen mit 20 weiteren Nutzerverbänden erneut Verhandlungen mit der ProLitteris über die gemeinsamen Tarife 8 «Reprografie-Tarif» (= Kopien) und 9 «Nutzung von geschützten Werken und Leistungen in elektronischer Form zum Eigengebrauch (mittels betriebsinternen Netzwerken)», welche ab 1. Januar 2007 Gültigkeit für weitere sechs Jahre haben.

Dank dem geschlossenen Auftreten der Nutzerorganisationen konnte im Bereich des GT 8 eine Erhöhung des Tarifs erneut verhindert werden.

Der Tarif GT 9 wurde den Nutzerorganisationen von der Verwertungsgesellschaft ProLitteris wiederum gestützt auf das URG (Art. 19 und 20) erstmals im April 1999 vorgelegt. Er regelt die Nutzung von geschützten Werken und Leistungen in elektronischer Form zum Eigengebrauch mittels betriebsinternen Netzwerken im Dienstleistungsbereich. Berechnet wird der Tarif entsprechend der nach GT 8 geschuldeten Entschädigung unter Berücksichtigung eines zwischen den Nutzerverbänden und ProLitteris verhandelten Faktors. ProLitteris wollte diesen gestützt auf eine Studie auf 1.3 festlegen. Dank dem geschlossenen Auftreten der Nutzerverbände konnte er seinerzeit auf 0.3 festgelegt werden, verbunden allerdings mit der Auflage der ProLitteris, ihn nach drei Jahren neu zu verhandeln. Der neue gemeinsame Tarif GT 9 trat am 1. Januar 2004 in Kraft für eine Periode bis 31. Dezember 2006.

Auch die Verhandlungen zum GT 9 mussten in der eingangs genannten Zeitperiode neu geführt werden. ProLitteris argumentierte auch anlässlich dieser neuen Verhandlungen mit der seinerzeit vorgelegten Studie und beharrte auf einem Koeffizienten von 1.3. Es ist wie-

derum der Hartnäckigkeit und der Geschlossenheit der Nutzerorganisationen im Dienstleistungsbereich zu verdanken, dass sich der Tarif nun bei einem *Koeffizienten von 0.45* (bis anhin 0.3) eingependelt hat und dieser im Unterschied zur ersten Verhandlungsrunde *nunmehr für fünf Jahre* (bisher drei Jahre) Gültigkeit haben soll.

Die Tarifanpassung GT 9 wurde von der Eidg. Schiedskommission für die Verwertung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten per 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt.

Eine Anwaltskanzlei muss somit fortan gesamthaft – gestützt auf die Anzahl der tätigen Personen (Anwältin/Anwälte und Personal) – eine Jahresgebühr gemäss der unten auf Seite 416 stehenden Tabelle entrichten.

Für Nutzer mit mehr als 99 Angestellten berechnet sich die Vergütung nach der gemäss GT 8 geschuldeten Entschädigung unter Berücksichtigung eines Faktors von neu 0.45.

Es sei der Vollständigkeit halber darauf hingewiesen, dass das Vorhandensein eines Netzwerkes Voraussetzung ist, damit jemand unter die Tarifpflicht fällt. Die Teiltarife setzen auch ein spezielles Meldesystem und damit die Möglichkeit der Einrede des nicht vorhandenen Netzwerkes voraus.

Abschliessend sei auch noch erwähnt, dass die Entschädigungspflicht auf der einen Seite, Ansprüche auf der anderen Seite auslöst. Urheber von geschützten Werken sind daher aufgerufen, bei der ProLitteris ihre Forderungen geltend zu machen.

Auslegung des Begriffs «Hochschule» in Art. 7 Abs. 1 lit. a BGFA

Es gibt in der Schweiz Fachhochschulen, welche im Bereich «Recht» Bachelor- und Masterstudiengänge (Wirtschaftsrecht, etc.) anbieten.

Die Angebote könnten den Eindruck erwecken, dass mit dem Abschluss solcher Studiengänge die fachlichen Voraussetzungen gemäss Art. 7 Abs. 1 lit. a BGFA erfüllt sind.

Aus dem Wortlaut des französischen und des italienischen Textes geht nach Meinung des SAV eindeutig hervor, dass unter dem Begriff «Hochschule» in Art. 7 Abs. 1 lit. a BGFA einzig Universitäten, nicht aber Fachhochschulen gemeint sein können.

Im Sinne einer Klarstellung hat der SAV dem Bundesamt für Justiz folgende Fragen unterbreitet:

1. Teilen Sie die Ansicht des SAV, dass in Art. 7 Abs. 1 lit. a BGFA unter dem Begriff «Hochschule» einzig Universitäten, nicht aber Fachhochschulen gemeint sind?
2. Im Falle, dass Sie Ziff. 1 bejahen: Welche Schritte müssen unternommen werden, damit die betroffenen Kreise von dieser Rechtslage Kenntnis erhalten?»

In seinem Antwortschreiben vom 7. August 2007 weist der Direktor des Bundesamtes für Justiz, Dr. Michael Leupold, darauf hin, dass gemäss Art. 7 Abs. 1 lit. a BGFA eindeutig ein Lizentiat oder ein Master verlangt wird. Mit einem Bachelor-Abschluss seien die fachlichen Voraussetzungen sowieso nicht erfüllt.

Die Fragen des SAV wurden im Detail wie folgt beantwortet:

- «1. Ich stimme mit dem SAV absolut überein, dass mit dem Begriff «Hochschule» in Art. 7 Abs. 1 lit. a BGFA einzig die schweizerischen Universitäten gemeint sind und keine Fachhochschulen. Dies ist aufgrund des französischen (université) und des italienischen (università) Gesetzestextes eindeutig und lässt sich zudem historisch belegen.
2. Da es aufgrund des Gesetzeswortlauts sowie der Materialien offensichtlich ist, dass gemäss Art. 7 Abs. 1 lit. a BGFA ein abge-

schlossenes Universitätsstudium verlangt wird, sind keine weiteren Schritte zur Klarstellung notwendig.»

Nouveautés «Avocat spécialiste/ Avocate spécialiste FSA»

Le calendrier pour les deux prochaines années est le suivant:

- **Été-automne 2007:** Diverses conférences données auprès des barreaux romands de présentation de l'Avocat/e spécialiste FSA.
- **Fin 2007:** Remise des *premiers titres d'Avocat/le spécialiste en droit de la construction et de l'immobilier* en Suisse romande.
- **Février 2008:** Début du cours en *droit du travail* pour la Suisse romande. Le cours s'étend du 21.02.2008 au 11.09.2008.
- **Septembre 2008:** Début du cours en *droit de la famille* pour la Suisse romande. Les dates définitives n'ont pas encore été fixées. La formation s'étendra en principe de septembre 2008 à juin 2009.
- **Courant 2008:** Le premier cours en droit de la responsabilité civile et des assurances en Suisse romande devrait débiter avec les Journées du droit de la circulation routière, qui auront lieu les 5./6. juin 2008.

Pour tous renseignements concernant la formation n'hésitez pas à consulter le site www.avocatspecialiste-fsa.ch.

ProLitteris

Plusieurs membres ont récemment posé des questions à la FSA au sujet des redevances annuelles perçues par ProLitteris pour l'utilisation d'œuvres protégées par le droit d'auteur. La méconnaissance de cette institution, notamment par de jeunes consoeurs et confrères, justifie que la FSA renouvelle ses informations dans la présente édition.

ProLitteris est la société qui, par décision du 5 juillet 1993, a été chargée par l'Office fédéral de la propriété intellectuelle de percevoir les droits qui découlent des art. 13, 20 et 22 LDA, pour autant qu'il s'agisse d'œuvres littéraires, d'art plastique ou de photographies.

A l'époque, ProLitteris et les associations d'utilisateurs (FSA, Economie Suisse et 20 autres associations professionnelles du secteur des services) avaient conclu un accord. En partant du principe qu'environ 5% de toutes les photocopies faites dans une Etude d'avocats étaient protégées par le droit d'auteur, ProLitteris avait tout d'abord souhaité soumettre ces photocopies à une taxe de 6.7 centimes. Pour éviter que les Etudes d'avocats soient contraintes de décompter chaque photocopie soumise au droit d'auteur, une tarification forfaitaire avait été prévue, évitant par la même occasion aux Etudes de devoir subir des contrôles sporadiques. Au terme de ces négociations et par décision du 21 novembre 1995, la Commission arbitrale fédérale pour la gestion de droits d'auteur et de droits voisins (ci-après la Commission) a approuvé le tarif commun forfaitaire 8 (ci-après TC 8) et fixé son entrée en vigueur au 1^{er} janvier 1995. Ce tarif a été renégocié en 2002, sans toutefois subir de hausse, avec une période de validité fixée par la Commission et s'étendant du 1^{er} janvier 2002 au 31 décembre 2006. La demande de la FSA tendant à exclure les apprentis du nombre total des employés avait elle aussi trouvé une suite favorable.

De 2005 à l'automne 2006, la FSA et 20 autres associations d'utilisateurs ont reconduit des négociations avec ProLitteris. Les discussions ont porté, d'une part, sur le TC 8 pour la reprographie (photocopies) et, d'autre part, sur le TC 9 pour l'utilisation électronique à des fins privées (présence d'un réseau numérique interne). Ces deux tarifs sont entrés en vigueur le 1^{er} janvier 2007 pour une durée de 6 ans.

Grâce à l'intervention marquée des associations d'utilisateurs, le TC 8 n'a subi aucune hausse.

Quant au TC 9, pour lequel les art. 19 et 20 LDA constituent la base légale, il a été soumis aux associations d'utilisateurs pour la première fois en avril 1999. Ce tarif règlemente l'utilisation de prestations ou d'œuvres protégées par le droit d'auteur, lorsqu'il s'agit d'une utilisation électronique à des fins privées au moyen de réseaux numériques internes. Il est calculé sur la base du TC 8, auquel s'applique un multiplicateur (TC 8 * coefficient = TC 9). Ce coefficient est négocié entre les associations d'utilisateurs et ProLitteris. Se fondant sur une étude, ProLitteris avait tout d'abord souhaité fixer ce coefficient à 1.3. L'intervention des associations d'utilisateurs a permis de limiter celui-ci à 0.3, à condition toutefois de le renégocier après 3 ans. Le nouveau TC 9 est entré en vigueur le 1^{er} janvier 2004 pour une période expirant le 31 décembre 2006.

Au terme de cette période, de nouvelles négociations ont dû être entamées. Derechef, ProLitteris s'est fondée sur l'étude qu'elle avait déjà présentée à l'époque, en souhaitant de nouveau fixer le coefficient à 1.3. Grâce à la ténacité des associations d'utilisateurs dans le secteur des services, le coefficient du TC 9 a finalement pu être négocié à 0.45 (jusqu'alors 0.3), avec cette fois-ci, par opposition à la première phase de négociation, une période de validité de 5 ans (jusqu'alors 3 ans).

La Commission a fixé l'entrée en vigueur du nouveau TC 9 au 1^{er} janvier 2007.

Une Etude d'avocats doit ainsi – sur la base du nombre total d'employés (avocats et personnel) – verser les redevances annuelles, selon le tableau ci-dessous, suivantes.

Pour les utilisateurs comptant plus de 99 employés, la redevance du TC 9 se calcule également avec le TC 8 multiplié par 0.45.

Par ailleurs, la présence d'un réseau numérique étant la condition nécessaire pour être soumis à l'obligation de payer la redevance du TC 9, les tarifs prévoient la possibilité de faire objection à celle-ci en cas d'absence de réseau.

Enfin, il convient de rappeler que les redevances perçues génèrent également des recettes destinées aux auteurs d'œuvres protégées.

Ces derniers sont donc invités à faire valoir leurs droits auprès de ProLitteris.

Interprétation du terme «Université» qui figure à l'art. 7 al. 1^{er} litt. a LLCA

Il existe en Suisse des Hautes Ecoles Spécialisées qui proposent, en matière de droit, des filières juridiques de type bachelor et master (droit économique, etc.).

Ces études peuvent donner l'impression aux intéressés que l'accomplissement d'une telle filière juridique permet de remplir les conditions de formation prévues par l'art. 7 al. 1^{er} litt. a LLCA.

A l'opposé du texte allemand qui parle de «Hochschule», il ressort clairement des textes français et italien que la formation doit avoir été accomplie dans une université, et non dans une Haute Ecole Spécialisée.

Dans le but de clarifier cette situation, la FSA a posé à l'Office fédéral de la justice les questions suivantes:

1. Partagez-vous l'avis de la FSA que le terme de «Hochschule» de l'art. 7 al. 1^{er} litt. a LLCA ne peut concerner que les universités, et non les Hautes Ecoles Spécialisées?
2. Si oui, quelles sont les démarches qui doivent être entreprises pour que les personnes concernées soient pleinement conscientes de cette situation juridique?»

Dans sa réponse du 7 août 2007, Monsieur Michael Leupold, directeur de l'Office fédéral de la justice, mentionne que l'art. 7 al. 1^{er} litt. a LLCA exige sans ambiguïté une licence ou un master. Les conditions de formation prévues par la loi ne sont donc pas remplies avec un simple bachelor.

Pour le surplus, il a été répondu comme suit aux deux questions posées par la FSA:

1. Je suis pleinement d'accord avec la FSA que le terme de «Hochschule» de l'art. 7 al. 1^{er} al. 1^{er} litt. a LLCA ne concerne que les universités suisses et non les Hautes Ecoles Spécialisées. Une interprétation historique, ainsi qu'une comparaison avec les textes français («Université») et italien («Università»), amènent à la même conclusion.
2. Dès lors qu'il ressort clairement de l'art. 7 al. 1^{er} litt. a LLCA et des travaux préparatoires que des études universitaires sont exigées, il n'est pas nécessaire d'effectuer d'autres démarches de clarification.» ■

Anzahl Beschäftigte	Gebühr für Fotokopien (GT 8) unverändert	Gebühr für Netzwerke (GT 9)		Total für eine Kanzlei	
		alt	neu	alt	neu
1	CHF 30.–	CHF 0.–	(CHF 0.–)	CHF 30.–	(CHF 30.–)
2–5	CHF 50.–	CHF 15.–	(CHF 22.50)	CHF 65.–	(CHF 72.50)
6–19	CHF 80.–	CHF 24.–	(CHF 36.–)	CHF 104.–	(CHF 116.–)
20–99	CHF 160.–	CHF 48.–	(CHF 72.–)	CHF 208.–	(CHF 232.–)

Nbre d'employés	Redevance pour les photocopies (TC 8) non modifiée	Redevance pour les réseaux numériques (TC 9)		Total pour une Etude d'avocats	
		ancienne	nouvelle	ancienne	nouvelle
1	CHF 30.–	CHF 0.–	CHF 0.–	CHF 30.–	CHF 30.–
2–5	CHF 50.–	CHF 15.–	CHF 22.50	CHF 65.–	CHF 72.50
6–19	CHF 80.–	CHF 24.–	CHF 36.–	CHF 104.–	CHF 116.–
20–99	CHF 160.–	CHF 48.–	CHF 72.–	CHF 208.–	CHF 232.–